Presseinformation Nr. 81/2008

Pressesprecher: Martin Ittershagen

Mitarbeiter/innen: Anke Döpke, Dieter Leutert, Fotini Mavromati,

Theresa Pfeifer, Martin Stallmann

Adresse: Postfach 1406, 06813 Dessau-Roßlau

Telefon: 0340/2103 -2122, -2827, -2250, -2318, -3927, -2507

E-Mail: pressestelle@uba.de Internet: www.umweltbundesamt.de



Mehr Sicherheit für Industrieanlagen

Mit deutscher Beratungshilfe Störfälle verhindern

Heute (25. November 2008) startet in Genf die fünfte Vertragsstaatenkonferenz zur Konvention über die grenzüberschreitenden Wirkungen von Industrieunfällen. Die 37 Unterzeichnerstaaten, darunter Deutschland, tauschen sich drei Tage lang über den Entwicklungsstand der Umsetzung des Übereinkommens aus. Die Konvention regelt die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Industrieunfälle. Sie schützt die Menschen und die Umwelt vor Risiken. Ein Thema der Konferenz ist die Arbeit der Expertengruppe, die unter der Leitung des Umweltbundesamtes (UBA) Empfehlungen zur Prävention unfallbedingter Gewässerbelastungen erarbeitet. Die Gruppe setzt sich dafür ein, Industriestörfälle - wie den im rumänischen Baia Mare im Jahr 2000, der zu einer massiven Kontamination des Donaueinzuggebiets führte – zu verhindern. Eine Hilfestellung sind dabei die Ergebnisse der Projekte aus dem "Beratungshilfeprogramm für den Umweltschutz in den Staaten Mittel- und Osteuropas, des Kaukasus und Zentralasiens" des Bundesumweltministeriums. Das UBA verwaltet, koordiniert und begleitet diese Projekte fachlich. Somit leistet Deutschland einen wichtigen Beitrag dafür, dass sich die Umweltstandards der Industrieanlagen – vor allem in Ländern des Südkaukasus – erhöhen.

Aktuell leistet das UBA Beratungshilfe in Armenien. Ziel des Projektes ist die Information der Bevölkerung in der Nachbarschaft gefährlicher Industrieanlagen. Es dient nicht nur der Störfallvorsorge, sondern auch der Umweltbildung im Südkaukasus: Seit September 2008 erprobt Armenien erstmals die Umsetzung der Konvention in nationales Recht auf lokaler Ebene. Industrieunternehmen und Katastrophenabwehrkräfte führen gemeinsam mit der Bevölkerung eine groß angelegte Störfallübung durch und testen einen Gefahrenabwehrplan.

Mit einem weiteren Beratungshilfeprojekt unterstützt das UBA - zusammen mit den zuständigen Behörden der Republik Moldau und der Ukraine - eine verbesserte Risikovorsorge im Einzugsgebiet des Flusses Dnestr. Dieses Vorhaben begann im Jahr 2006 und endet im Januar 2009. Ein Ergebnis des Projektes ist die Konzeption eines internationalen Warnplans für den Dnestr. Weil dieser Plan nur bei kontinuierlichem Betrieb von Messstationen mit einer entsprechenden Störfallerkennung funktioniert, lernen moldawische und ukrainische Experten im Januar 2009 den Umgang mit Wassermessstationen im Hamburger Institut für Hygiene und Umwelt.

Mehr Informationen zu den Beratungshilfeprojekten unter:

http://www.umweltbundesamt.de/ius/stoerfallvorsorge-armenien.htm, http://www.unece.org/env/teia/water/tailingdams/yerevan-document.htm (englisch), http://www.dnestrschutz.com.

Dessau-Roβlau, 25.11.2008 (2.784 Zeichen)